



Sechs Stunden lang verhandelten Vertreter der United States und Iran gestern in Genf über nichts Geringeres als Krieg oder diplomatische Deeskalation. Das Ergebnis bleibt vorerst ambivalent: kein Durchbruch, aber auch kein Abbruch. Beide Seiten wollen kommende Woche weiterreden – vermittelt durch Oman. In einer Phase erhöhter militärischer Alarmbereitschaft ist bereits diese Fortsetzung ein Signal.

Auffällig war die öffentliche Zurückhaltung der amerikanischen Unterhändler Steve Witkoff und Jared Kushner. Weder sie noch das Weiße Haus äußerten sich zum Stand der Gespräche. Diese Stille nährt Spekulationen. Offenkundig bleibt Washington bei seiner Maximalforderung: Teheran soll sein Nuklearprogramm vollständig demontieren. Für die iranische Führung ist dies politisch wie strategisch kaum akzeptabel, da das Atomprogramm als Symbol nationaler Souveränität gilt.

Gleichzeitig erwägt Donald Trump offenbar gezielte Militärschläge gegen iranische Einrichtungen. Teile seiner Administration argumentieren, Teheran stehe unmittelbar vor einem nuklearen Durchbruch. Doch mehrere dieser Behauptungen gelten als unbewiesen oder überzeichnet. Geheimdienstliche Einschätzungen westlicher Staaten waren in der Vergangenheit differenzierter: Zwar verfügt Iran über hochangereichertes Uran, doch die Möglichkeit zum Bau einer Waffe ist damit nicht automatisch gegeben.

Ein amerikanischer Angriff hätte weitreichende Folgen. Er würde mit hoher Wahrscheinlichkeit Israel in einen weiteren offenen Konflikt mit Teheran hineinziehen – weniger als ein Jahr nach der letzten direkten militärischen Konfrontation. In Jerusalem schwankt die Stimmung zwischen Sorge, fatalistischer Erwartung und strategischer Hoffnung, ein Schlag könne Irans militärische Infrastruktur dauerhaft schwächen. Gleichzeitig ist die Verwundbarkeit des eigenen Territoriums durch Raketen- und Drohnenangriffe präsent wie selten zuvor.

Strategisch stehen beide Seiten vor einem Dilemma. Washington will verhindern, dass Iran zur Gruppe der Atommächte aufschließt, ohne einen regionalen Flächenbrand auszulösen. Teheran wiederum versucht, durch Verhandlungsbereitschaft Zeit zu gewinnen, ohne substanziell nachzugeben. Historisch haben Eskalationen im Nahen Osten oft aus Fehleinschätzungen oder innenpolitischem Druck resultiert – nicht aus klar kalkulierter Kriegsabsicht.

Ob aus den Gesprächen in Genf ein belastbarer Kompromiss erwächst oder ob militärische Logik die Oberhand gewinnt, hängt weniger von öffentlichen Stellungnahmen ab als von diskreten Zugeständnissen hinter verschlossenen Türen. Noch ist das Fenster für Diplomatie offen. Doch es wird schmaler.



Wer kontrolliert die Algorithmen? Der Konflikt zwischen Anthropic und dem Pentagon als Lackmustrtest der KI-Governance

Der aktuelle Streit zwischen dem US-Verteidigungsministerium und dem KI-Unternehmen Anthropic ist mehr als ein gewöhnlicher Vertragskonflikt. Er berührt eine Grundsatzfrage der digitalen Gegenwart: Wer entscheidet über den Einsatz hochentwickelter künstlicher Intelligenz – die Unternehmen, die sie entwickeln, oder der Staat, der sie für sicherheitsrelevante Zwecke nutzen will?

Nach Berichten aus Washington soll das Pentagon Anthropic aufgefordert haben, vertragliche Beschränkungen aufzuheben, die den Einsatz seiner KI-Modelle in bestimmten militärischen Anwendungen untersagen. Andernfalls drohe der Ausschluss von künftigen Verteidigungsaufträgen – mit potenziell erheblichen Folgen für das US-Geschäft des Unternehmens. Anthropic hat öffentlich signalisiert, an seinen Leitplanken festhalten zu wollen.

Ein Konflikt der Prinzipien

Anthropic wurde 2021 von ehemaligen OpenAI-Forschern um Dario Amodei gegründet – mit dem erklärten Ziel, „konstitutionelle KI“ zu entwickeln, also Systeme, die auf Sicherheits- und Ethikprinzipien beruhen. Die Modellfamilie „Claude“ wird als leistungsfähig, aber bewusst begrenzt vermarktet. Bestimmte militärische Anwendungen, insbesondere solche mit Bezug zu Zielerfassung oder letaler Entscheidungsunterstützung, sind laut Nutzungsrichtlinien ausgeschlossen oder stark eingeschränkt.

Das Pentagon argumentiert hingegen aus einer strategischen Perspektive. Künstliche Intelligenz wird zunehmend in Logistik, Cyberabwehr, Geheimdienstanalyse und operativer Planung integriert. Breite vertragliche Einschränkungen könnten – so die implizite Lesart – die Einsatzbereitschaft mindern und die technologische Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Rivalen wie China schwächen, das im Rahmen seiner militärisch-zivilen Fusionsstrategie private Innovationen systematisch in Verteidigungsprogramme einbindet.



Nationale Sicherheit versus unternehmerische Autonomie

Der Konflikt offenbart eine strukturelle Spannung. Anders als klassische Rüstungsunternehmen versteht sich Anthropic als sicherheitsorientiertes Technologieunternehmen mit globalen Ambitionen. Investoren, internationale Kunden und Mitarbeitende spielen eine ebenso große Rolle wie staatliche Auftraggeber. Die Erinnerung an interne Proteste bei Google im Zusammenhang mit militärischen KI-Projekten wirkt in Silicon Valley nach.

Für das Verteidigungsministerium hingegen ist die Abhängigkeit von privat entwickelten Schlüsseltechnologien ein potenzielles Risiko. Wenn Unternehmen einseitig militärische Einsatzfelder definieren oder ausschließen, entsteht Unsicherheit in Beschaffungsprozessen. Im Extremfall könnten Fähigkeitslücken entstehen.

Ein Präzedenzfall für die Branche

Die Auseinandersetzung hat Signalwirkung für die gesamte Branche. Andere führende KI-Anbieter unterhalten umfangreiche Regierungsverträge, meist mit abgestuften Einschränkungen. Sollte es dem Pentagon gelingen, eine vollständige Öffnung militärischer Nutzung durchzusetzen, könnte dies faktisch zur Bedingung für den Zugang zu staatlichen KI-Programmen werden. Hält Anthropic stand, würde dies die ethische Autonomie privater Entwickler stärken.

Im Kern geht es um die Neuvermessung von Macht im Zeitalter der KI. Künstliche Intelligenz ist längst Dual-Use-Infrastruktur mit unmittelbarer sicherheitspolitischer Relevanz. Ob Unternehmen eigene rote Linien ziehen dürfen oder im Zweifel staatlicher Priorität unterliegen, ist keine theoretische Frage mehr. Die Entscheidung in diesem Fall dürfte weit über einen einzelnen Vertrag hinausweisen – sie markiert einen Wendepunkt in der Beziehung zwischen Silicon Valley und dem nationalen Sicherheitsstaat.

WEITERE NACHRICHTEN

Pakistan führte Luftangriffe auf die beiden größten Städte Afghanistans durch, darunter die Hauptstadt Kabul. Die Eskalation zu einem offenen Konflikt folgte auf monatelange



Spannungen und Grenzgefechte.

In **Großbritannien** besiegte die Green Party bei einer Nachwahl die regierende Labour Party – ein Rückschlag für Premierminister Keir Starmer und ein Zeichen der Frustration linksgerichteter Wähler.

Die **dänische Ministerpräsidentin** rief angesichts stark gestiegener Zustimmungswerte vorgezogene Neuwahlen aus, nachdem sie sich gegen Trumps Drohungen gestellt hatte, Grönland übernehmen zu wollen.

Russland startete wenige Stunden vor Gesprächen zwischen US-amerikanischen und ukrainischen Unterhändlern in Genf umfangreiche Angriffe auf ukrainische Städte.

Fünfzehn **südafrikanische Männer**, die unter falschen Versprechungen dazu gebracht worden waren, in der Ukraine für Russland zu kämpfen, sind in ihre Heimat zurückgekehrt.

Kuba erklärte, die Männer an Bord eines Schnellboots, die sich ein Feuergefecht mit Grenztruppen geliefert hatten, hätten eine „Infiltration zu terroristischen Zwecken“ beabsichtigt. Diese Darstellung wurde jedoch infrage gestellt, nachdem ein als Bootsinsasse identifizierter Mann in Miami auftauchte.

Während die **USA** Kubas Wirtschaft in Richtung eines möglichen Zusammenbruchs drängen, hofft Trump, mit den kommunistischen Führern des Landes eine Einigung zu erzielen, um Chaos zu vermeiden – selbst wenn ein Regimewechsel dafür aufgeschoben werden müsste.

Die rechtsextreme Partei One Nation in **Australien** hat seit dem Massenanschlag am Bondi Beach in Umfragen stark zugelegt.

Israel erhob Anklage gegen einen Geheimdienstmitarbeiter wegen des Vorwurfs, er habe sich durch den Schmuggel von Waren in den Gazastreifen persönlich bereichert.

EPSTEIN-AKTEN

Hillary Clinton bestritt in einer mehr als sechsstündigen, nicht öffentlichen Anhörung vor einem Kongressausschuss, Jeffrey Epstein jemals getroffen oder von dessen Verbrechen gewusst zu haben.

Børge Brende, Präsident und Vorstandsvorsitzender des Weltwirtschaftsforums, kündigte nach einer Untersuchung seiner Verbindungen zu Epstein seinen Rücktritt an.



Deal oder Krieg? Die riskante Gratwanderung zwischen Washington und Teheran

WAS SONST NOCH GESCHAH

Ein anonymer Spender schickte der japanischen Stadt **Osaka** 21 Goldbarren im Wert von rund 3,6 Millionen US-Dollar – mit der Anweisung: Repariert die alternden Wasserleitungen.

Von P. Tiko